

# vorwärtsHESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

MÄRZ 2012

## EINE CHANCE FÜR DEUTSCHLAND



Thorsten Schäfer-Gümbel,  
SPD-Landesvorsitzender

Das Amt des Bundespräsidenten war in Deutschland über Jahrzehnte so etwas wie der ruhende Pol im Brausen der Tagespolitik. Die Amtsinhaber verkörperten Stabilität, Verlässlichkeit und Vertrauen, auch wenn sie ihr Amt ganz unterschiedlich ausgeübt haben. Christian Wulff hat versucht, die Maßstäbe, die an die persönliche Integrität des Bundespräsidenten anzulegen sind, zu verschieben. Mit seinem Anspruch, dass nicht politische oder moralische Maßstäbe gelten, sondern ein Bundespräsident allenfalls dem Strafrecht genügen muss, ist er gescheitert. Und ohne nachzutreten: Das ist auch gut so.

Das Verhalten von Christian Wulff hat mich auch deswegen so geärgert, weil es auf die ganze Politik abfärbt. Weil es den Generalverdacht gegen Politikerinnen und Politiker aller Parteien gestärkt hat, diese seien nur auf den eigenen Vorteil bedacht.

In der Kandidatur von Joachim Gauck sehe ich eine Chance, dieses Bild wieder geradezurücken. Er ist ein Mann, der für etwas steht, für sein großes Thema Freiheit und Verantwortung. Er hat das Potenzial, wichtige Impulse für die Wertedebatte in Deutschland zu geben. Ich erwarte von einem Bundespräsidenten nicht, dass er nur Dinge sagt, die keinen Widerspruch auslösen. Dafür wäre Joachim Gauck auch wohl der falsche Kandidat. Im Gegenteil, ich erhoffe mir interessante und auch kontroverse Debatten. Aber die sollen sich eben um die Grundlagen unseres Gemeinwesens drehen und nicht um Urlaubsreisen oder Hauskredite.

Die SPD hat bereits vor zwei Jahren die Eignung von Joachim Gauck erkannt und ihn zur Wahl gestellt. Wir waren bereit, ein überparteiliches Angebot zu machen, das von CDU und FDP damals ausgeschlagen worden ist. Das Einschwenken von Bundeskanzlerin Merkel ist eine späte Genugtuung.

Joachim Gauck steht für Klarheit und Orientierung. Er kann Menschen zusammenführen und ermuntert sie, sich für unser Gemeinwesen zu engagieren. Das wird unserem Land guttun.

*Th. Schäfer-Gümbel*

## EINLADUNG

Veranstaltung zum  
Internationalen  
Frauentag 2012

**WIR SIND MEHR WERT!**  
**FRAUEN IM ERWERBSLEBEN – VON GLEICHHEIT WEIT ENTFERNT**



am 8. März 2012, 18.45 Uhr  
im Hessischen Landtag,  
in Wiesbaden

GASTVORTRAG:  
„FRAUEN IM ERWERBSLEBEN –  
GLEICHE CHANCEN MANGELWARE?“ VON PROF. DR.  
MARTINA STANGEL-MESEKE

MUSIK:  
LADY MONDAMIN

IMPROVISATIONSTHEATER:  
FÜR GARDEROBE KEINE  
HAFTUNG

Um Anmeldung  
wird gebeten

HESSENGERECHT. SPD

## GERECHT UND STARK

### Der Hessengipfel: Aufbruch zur Landtagswahl 2013

Die hessische SPD ist in das „Wahlsieg-Vorbereitungsjahr 2012“ aufgebrochen. So formulierte es Thorsten Schäfer-Gümbel in seiner Eröffnungsrede am 13. Januar in Friedewald. Zwei Tage lang diskutierten die hessischen Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europapolitiker miteinander und entwickelten neue Ideen. Im Mittelpunkt standen die Themen „Soziales Hessen“, „Politik für die Metropole“ und „Wege aus der Krise in der EU“. Prominente Gäste waren Olaf Scholz, Erster Bürgermeister von Hamburg, sowie der EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger.

Thorsten Schäfer-Gümbel betonte den Führungsanspruch der hessischen SPD. Aus zwei aktuellen Umfragen gehe hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger in Hessen mehrheitlich eine rot-grüne Landesregierung wollten. „Und zwar genau in dieser Reihenfolge“, betonte er. Generalsekretär Michael Roth brachte es später auf den Punkt. Es sei an der Zeit, die von CDU und FDP gebildete „Tut-nix-Regierung“ in Hessen durch eine von der

SPD geführte „Tut-was-Regierung“ zu ersetzen.

Das Ziel für die Landtagswahl Ende 2013 ist somit klar – und erreichbar. Um aber die guten Umfragewerte der SPD auch in ein gutes Wahlergebnis umzuwandeln, müsse das „Wahlsieg-Vorbereitungsjahr 2012“ entschlossen genutzt werden, so Thorsten Schäfer-Gümbel weiter. So diene vor allem der Programmprozess der SPD Hessen, der in diesem Jahr beginnt. Aus dieser offenen Diskussion soll bis Anfang 2013 ein Regierungsprogramm hervorgehen, das die derzeitigen Probleme und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürgern in den Blick nimmt, eine neue politische Kultur des Miteinanders aufzeigt und einen klaren Gestaltungsanspruch für Politik formuliert. „Wir werden ein Programm entwerfen, das das Auseinanderdriften der Gesellschaft aufhalten wird. Hessen darf nicht in Arm und Reich, Jung und Alt, Stadt und Land oder gut und prekär verdienend zerfallen.“ Es gelte hier, auf der Höhe der Zeit zu sein.

→ Fortsetzung auf Seite 2



„Neues Vertrauen in Europa. Wege aus der Krise“, diskutierten Günther Oettinger, Mitglied der Europäischen Kommission (2. v. l.), gemeinsam mit Thorsten Schäfer-Gümbel, Michael Roth, Dr. Udo Bullmann und 100 sozialdemokratischen Spitzenfunktionären beim diesjährigen Hessengipfel in Friedewald.



**Generalsekretär Michael Roth freut sich über die große Beteiligung bei der Mitgliederbefragung.**

### ERGEBNISSE DER MITGLIEDERBEFRAGUNG

Die Mitgliederbefragung war ein voller Erfolg! Über 6.000 Genossinnen und Genossen haben uns bis heute ihren Fragebogen zurückgeschickt. Die Hessen SPD beweist ein weiteres Mal, dass sie eine sehr lebendige und bunte Partei ist. Wir sind dabei die Fragebogen bis zum 1. Mai auszuwerten und werden thematisch interessierte Mitglieder in den Programmprozess und die anstehenden Wahlkämpfe einbeziehen. Viele Genossinnen und Genossen in Süd-Hessen haben wir dadurch bereits für den Oberbürgermeisterwahlkampf in Frankfurt mobilisieren können. Wir bedanken uns ganz herzlich für euer Engagement. Euer Team in der Landesgeschäftsstelle. ■

# MITREDEN. MITDENKEN. MITMACHEN.

## Unser Weg zum Regierungsprogramm 2013

**W**ir laden Interessierte, Engagierte und Kreative ein, unser nächstes Regierungsprogramm aktiv mit zu gestalten. Genossin oder Nichtmitglied, Ortsverein oder Unterbezirk, Arbeitsgemeinschaft oder Initiative, Gewerkschaft oder Elternbeirat – wirklich alle sind gefragt! Wir starten mit Projektgruppen, die zu den zentralen landespolitischen Themen Fragen und Thesen erarbeiten. Deren Ergebnisse werden gesammelt, gebündelt und dann als Programmentwurf diskutiert. Der Landesvorstand hat hierzu eine Programmkommission berufen, die von Gernot Grumbach als Vorsitzendem und Timon Gremmels als Koordinator geleitet wird. Im März 2013 soll das neue Regierungsprogramm beschlossen werden.

Für Dich gibt es verschiedene Möglichkeiten der Mitwirkung: Im April werden wir eine Internetseite freischalten, auf der Ideen und Thesen beraten und bewertet werden können. Über Medien wie Vorwärts, Newsletter, aber auch per Brief werden wir Euch regelmäßig informieren und zum Mitmachen ermuntern. Neben der Diskussion im Internet wird es Veranstaltungen zu verschiedenen Themen geben.



Alle Hände voll zu tun hatten Jacqueline Perez, Gregor Prochaska und Anna Karolina Menne (v. r. n. l.) in der SPD-Landesgeschäftsstelle, nachdem über 6.000 hessische SPD-Mitglieder ihre Fragebogen ausgefüllt hatten.

FOTO: DR. WILFRIED LAMPARTER

**Kontakt: Landesgeschäftsstelle**  
**E-Mail:**  
[programmkommission@spd-hessen.de](mailto:programmkommission@spd-hessen.de)  
**Tel. 06 11-9 99 77 0 ■**

→ Fortsetzung von Seite 1

## GERECHT UND STARK Der Hessengipfel: Aufbruch zur Landtagswahl 2013

Konkreter wurde es dann bei der Diskussion über das Konzept „Neue Sozialpolitik für Hessen“. Der Vorsitzende der Bundesdirektorenkonferenz der Caritas, Dr. Hejo Manderscheid diskutierte unter Moderation von Nicole Nestler mit Dr. Thomas Spies, dem sozialpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion.

### Hamburg als Erfolgsmodell

Mit Olaf Scholz besuchte abermals ein Mitglied der Parteiführung die jährliche Klausurtagung der SPD Hessen. In seiner Rede hob er drei zentrale Themen für ein sozialdemokratisches Erfolgskonzept hervor: Soziale Gerechtigkeit, vor al-

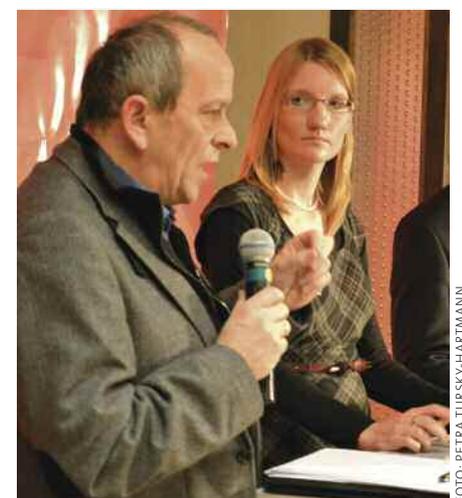
lem durch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für jeden; eine gute und gerechte Bildungspolitik, die Chancen für jeden eröffnet und eine starke Wirtschaft, die gesellschaftlichen Wohlstand ermöglicht. Olaf Scholz warb dafür, wenige, aber dafür realistische Versprechungen im Wahlkampf zu machen, die man später auch sicher hält. „Man muss sich vorher überlegen, was man machen kann.“ So habe er es in Hamburg gehalten und die Bürgerinnen und Bürger würden die Glaubwürdigkeit in einem solchen Wahlkampf honorieren.

Der Hessengipfel endete mit einer Rede des deutschen EU-Kommissars Günther Oettinger zum Thema „Neues

Vertrauen in Europa. Wege aus der Krise“. Er diskutierte mit Michael Roth und Udo Bullmann, dem neuen Sprecher der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament. In der Kritik an dem derzeitigen unzureichenden Krisenmanagement stimmten die drei Europapolitiker schnell überein. Gemeinsam warnten sie vor einer reinen Spar- und Kürzungspolitik bei einer sich abschwächenden Konjunktur. Es gehe auch darum, durch Investitionen in die Energiewende, Forschung und den Mittelstand Wachstum zu erzeugen. „Wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit“ – dies gelte für Hessen ebenso wie für Deutschland und Europa. ■



Olaf Scholz warb für realistische Versprechungen im Wahlkampf – die man später auch sicher halten kann.



Hessengipfel im Dialog. Diskussion zur Sozialpolitik mit Dr. Hejo Manderscheid, Caritasdirektor.

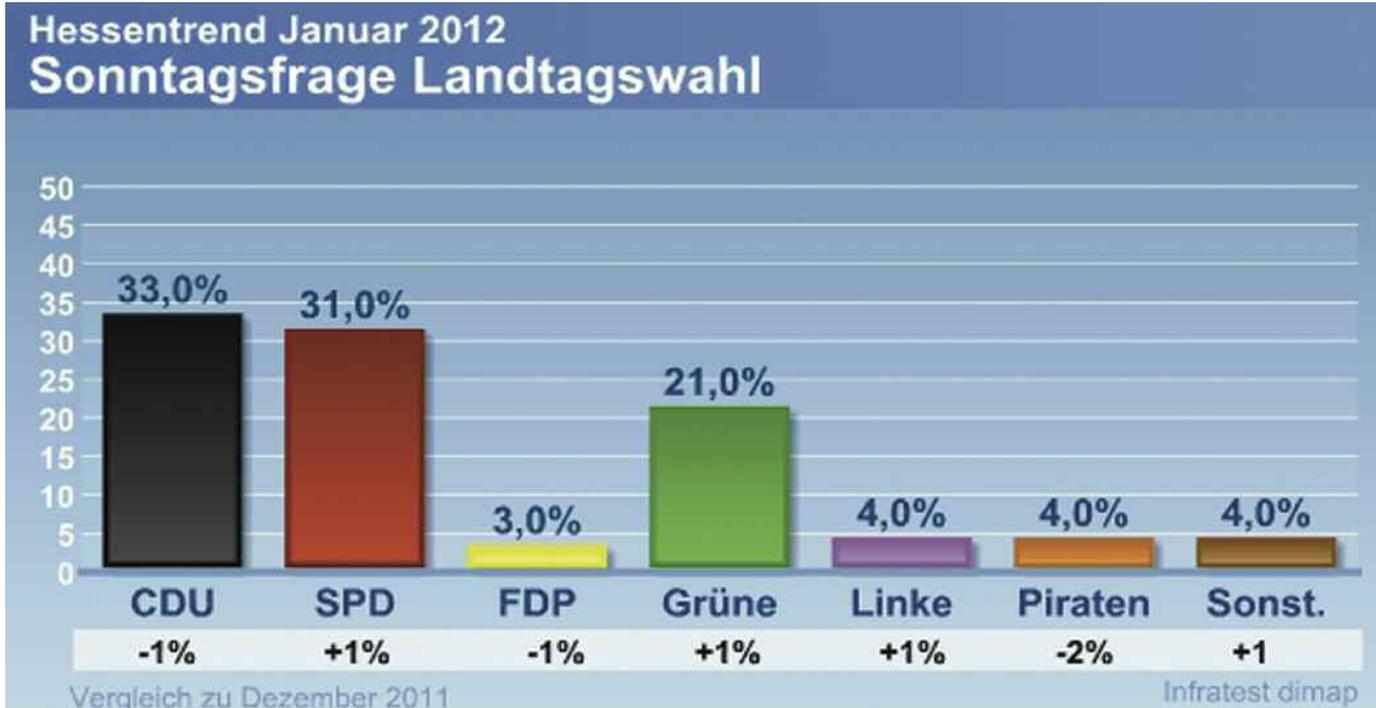
FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

# HESSEN IST IN WECHSELSTIMMUNG – MEHRHEIT FÜR ROT-GRÜN

**H**essen will den Wechsel. Pünktlich zum Hessengipfel im Januar veröffentlichte der Hessische Rundfunk die Umfrageergebnisse des Hessentrends. Demnach hätten SPD und Grüne bei einer Landtagswahl in Hessen derzeit eine klare Mehrheit. 51 Prozent der Wählerinnen und Wähler wollen eine von der SPD geführte Landesregierung. Der positive Trend für die hessische SPD aus den Dezember-Umfragen hat sich

klar verstärkt. Generalsekretär Michael Roth zeigte sich sehr zufrieden und bezeichnete die Umfrageergebnisse als eine erfreuliche Halbzeitbilanz: „Das bestätigt uns in unserem Kurs für mehr soziale Gerechtigkeit, sichere Arbeit und gute Bildung in Hessen. Die SPD ist der aus-gebrannten Landesregierung in den zentralen Politikfeldern konzeptionell klar überlegen.“ In der Tat ist laut der Umfrage das Vertrauen in die Arbeit der Landesre-

gierung dramatisch gesunken. 64 Prozent der Bürger sind unzufrieden mit der Politik von Schwarz-Gelb. „Die Menschen haben diese Plan- und Perspektivlosigkeit satt, sie wollen Lösungen und Zukunftsperspektiven – hier hat die SPD die Nase vorn“, erklärte Michael Roth weiter. „In wichtigen Themenfeldern, wie dem Abbau der Schulden, Bildung und Sozialpolitik wird der Landesregierung völlig zu Recht nichts mehr zugetraut.“



## JEDES MITGLIED SOLL ABSTIMMEN DÜRFEN

**Interview mit André Kawai, Vorsitzender der SPD im Main-Kinzig-Kreis**

**vorwärts:** Im Main-Kinzig-Kreis sollen künftig alle SPD-Mitglieder bei Parteitag über Inhalte und Personal abstimmen können. Warum?

**André Kawai:** Bisher können von den 4.150 Mitgliedern des Unterbezirks nur die Delegierten entscheiden. Wir als Partei wollen mehr Demokratie wagen und allen Mitgliedern eine Chance auf Mitbestimmung geben. So haben unsere Beschlüsse später eine größere Akzeptanz. Auch sollen Mitglieder bei Parteitagen eigene Anträge stellen können, wenn sie 20 Unterstützer finden. Ähnliches gibt es bislang nur in zwei anderen SPD-Unterbezirken in Deutschland.

**vorwärts:** Wieso strebt Ihr diese Veränderung an?

**André Kawai:** Politisches Engagement hat sich gewandelt. Ein lebenslanges En-

gagement in einer Partei ist eher die Ausnahme geworden. Die Leute wollen sich aber weiterhin einbringen und mitentscheiden. Aber sie wollen dies schnell und einfach tun können. Und sie wollen ein Ergebnis haben. Dem kommen wir entgegen.

**vorwärts:** Was, wenn keiner zu Euren Versammlungen kommt?

**André Kawai:** Die Herausforderung für den Kreisvorstand ist es dann, den Parteitag so zu konzipieren, dass er eben interessant ist. Wenn es da nur um Belangloses geht, kann ich nicht erwarten, dass jemand freiwillig seinen Freitagabend in einer Stadthalle bei langweiligen Debatten verbringt. Vielleicht muss man auch ein bisschen was Visuelles bieten, Inhalte optisch aufbereiten, neue Medien nutzen. Die Teilnehmer sollen merken, dass

sie mit ihren Beiträgen etwas beeinflussen können.

**vorwärts:** Können die Mitglieder auch per Internet abstimmen?

**André Kawai:** Wir haben dazu so eine Art Vorratsbeschluss getroffen. Wir wollen unsere Satzung heute schon so ändern, dass dies in zwei oder in fünf Jahren möglich ist. Trotzdem sind die neuen Medien sehr wichtig für uns, weil wir darüber ein breites und vor allem jüngeres Publikum erreichen können. Langfristig werden wir das Internet mehr und mehr in unsere programmatische Arbeit mit einbeziehen.



André Kawai

FOTO: SPD HESSEN

## WIR GRATULIEREN

unseren Bürgermeistern:

**Stefan Sieling,**  
Egelsbach

**Jürgen Herwig,**  
Hessisch Lichtenau

**Andreas Nickel,**  
Großalmerode

**Ilona Rohde-Erfurth,**  
Neu-Eichenberg

unserem Landrat:



**Stefan Reuß,**  
Werra-Meißner-Kreis

Beim SPD-Parteitag in Berlin wurden der hessische SPD-Landesvorsitzende **Thorsten Schäfer-Gümbel** und der Gewerkschafter **Armin Schild** in den SPD-Parteivorstand gewählt. Kooptiert im PV sind außerdem **Manfred Schaub** als Vorsitzender des SPD-Sportforums und **Ansgar Ditmar**, Vorsitzender der Schwusos.



**BULLMANN CHEF**  
**DER SPD-MdEPs**

Der hessische Europaabgeordnete Dr. Udo Bullmann wurde zum Vorsitzenden der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament gewählt. Der Gießener Wirtschafts- und Finanzmarktexperte folgt dem Nordrhein-Westfalen Bernhard Rapkay, der auf eine erneute Kandidatur verzichtet hat. Die Hessen-SPD gratuliert ihrem Landesvorstandsmitglied zur neuen Aufgabe!

FOTO: SPD HESSEN

FOTO: HUG-BIEGEMANN

QUELLE: IFR-ONLINE

# CDU-EIGENTOR BEI ÜBERFLÜSSIGER KOALITIONSDEBATTE

Die CDU rechnet offensichtlich damit, dass in zwei Jahren die SPD in Hessen regiert. Im Landtag forderte sie Auskunft, welche Koalition die SPD ab 2014 anstrebe. Die Debat-

te wurde zum Eigentor der CDU. Thorsten Schäfer-Gümbel bedankte sich bei der Union für diese Frage. Für die SPD gebe es zwei Kriterien, „Erstens wollen wir in einer Koalition so viele sozialdemokra-

tische Inhalte wie irgend möglich durchsetzen, zweitens sagen wir ausdrücklich, dass wir stabile Verhältnisse wollen.“ Diese Bedingungen würden derzeit in Hessen übrigens weder CDU noch FDP noch die Linke erfüllen. Er wolle formal nichts ausschließen, so der SPD-Fraktionsvorsitzende, seine Präferenz sei jedoch eine rot-grüne Regierung für Hessen. Im Übrigen wären CDU und Linke gerade mit einer gemeinsamen Kandidatin bei der Bürgermeisterwahl in Schwaan gescheitert. „Das Schöne daran ist – und das ist vielleicht auch ein schöner Hinweis auf das mögliche Wahlergebnis in Hessen –, dass der unabhängige Kandidat im ersten Wahlgang mit 55 Prozent gewählt wurde. Und die gemeinsame Kandidatin von CDU und Linkspartei ist mit 16 Prozent abgeschmiert“, stellte Schäfer-Gümbel erfreut fest.

„In Schwaan hat die dortige CDU gemeinsam mit der Linkspartei eine eigene Kandidatin aufgestellt, für die mit diesem Plakat geworben wurde.“



FOTO: PETRA TURSKEY-HARTMANN

Norbert Schmitt, MdL

## STEUERFAHNDER-MOBING – RÜCKTRITT VON LEIF BLUM (FDP)

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Norbert Schmitt hat den Rücktritt des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Steuerfahnder Leif Blum (FDP) als lange überfällig bezeichnet. „Der Vorsitzende eines Untersuchungsausschusses, der sich mit dem Mobbing von Steuerfahndern beschäftigt, muss über jeden Verdacht erhaben sein, selbst in ein Strafverfahren involviert zu sein“, kritisierte Schmitt. Im Oktober 2011 hatte die Frankfurter Steuerfahnder Ermittlungen gegen den FDP-Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung aufgenommen. Schmitt bedauerte, dass Blum nicht viel schneller die notwendigen Konsequenzen gezogen hatte. ■

# KOMMUNALER SCHUTZSCHIRM IST EIN KLEINER LÖCHRIGER KNIRPS

Der von der hessischen Landesregierung erarbeitete kommunale Schutzschirm erweist sich bei näherer Betrachtung als löchriger Knirps“, so Schmitt. Vor dem Hintergrund der Kürzung gegenüber den Kommunen in Höhe von 344 Millionen Euro jährlich sei der Schutzschirm keine Wohltat der Landesregierung. „Wer 344 Millionen Euro kürzt und den Gegenwert von 107 Millionen Euro zurückgibt, hat kein Lob verdient.“

**Zitat eines nordhessischen Kommunalpolitikers:**

„Die nehmen uns ein halbes Schwein und geben uns ein Pfund Gehacktes zurück.“

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag forderte eine tief greifende Überarbeitung des geplanten Gesetzes. Der Schutzschirm sei unzureichend, weil er nur 106 Kommunen Teilentschuldung biete, aber über 341 zum Teil hoch verschuldete Kommunen im Regen stehen bleiben. Mit dem Schutzschirm würde außerdem nur ein Fünftel der aufgelaufenen kommunalen Schulden übernommen.

**Es droht das Modell „griechischer Staatskommissar“ auf hessischem Boden.**

„Durch den Schutzschirm droht auch eine Gefahr für die kommunale Selbstverwaltung“, kritisierte der finanzpolitische Sprecher. Denn wer unter den Schutzschirm

wolle, müsse sich dem Diktat der Landesregierung aussetzen. Dies reiche von Kürzungen für Vereine über Schließung von öffentlichen Einrichtungen bis zum Verkauf von Gemeindeeigentum.

Der SPD-Landtagsabgeordnete und Sprecher im Unterausschuss Finanzcontrolling und Verwaltungssteuerung, Torsten Warnecke, bezeichnete den Regenschirm als „vergiftetes Geschenk“. Bis



FOTO: PETRA TURSKEY-HARTMANN

Der finanzpolitische Sprecher Norbert Schmitt beim Aufspannen des kommunalen Schutzschirms der Landesregierung.

2014 bringe der kommunale Schutzschirm der Region Hersfeld-Rotenburg gut 32 Millionen Euro, genommen würden aber insgesamt 53 Millionen Euro, rechnete der Abgeordnete dem CDU-Finanzminister Schäfer vor. Einer Region mit 85 Prozent des Bruttoinlandsproduktes des Landes Hessen mehr Geld zu nehmen, als zu geben, ist ausgesprochen kläglich“, kritisierte Warnecke. (Drs. 18/5228)

# BORIS RHEIN (CDU) AUF DER FLUCHT AUS DER VERANTWORTUNG

**S**eit Wochen macht Boris Rhein als CDU-Oberbürgermeisterkandidat Wahlkampf auf Kosten des Steuerzahlers, anstatt seine originären Aufgaben als Hessischer Innenminister wahrzunehmen. Das ist inakzeptabel“, kritisiert der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Günter Rudolph. So habe die Vorführung einer Spezialeinheit der hessischen Polizei gegen Terror natürlich „rein zufällig“ in Frankfurt stattgefunden. Rhein, der sich im OB-Wahlkampf mit der Polizei schmücke, habe im Hessischen Landtag dazu beigetragen, dass die Zahl der Polizeianwärter in Hessen von 550 auf 400 reduziert wurde.

## Untersuchungsausschuss

Der sogenannte Polizeichef-Untersuchungsausschuss hat erst nach langem Zögern die erneute Vernehmung von Boris Rhein beschlossen. Allerdings spielen CDU und FDP auf Zeit und wollen den Innenminister erst Ende April 2012 vor dem Ausschuss vernehmen, wissend, dass der OB-Wahltermin in Frankfurt am 11. März ist. Der Untersuchungsausschuss klärt, ob die Besetzung des Präsidentenpostens bei der hessischen Bereitschaftspolizei mit einem Parteifreund des hessischen Ministerpräsidenten Bouffier (CDU) korrekt abgelaufen ist. Als Staatssekretär war Rhein für den Ablauf des Verfahrens im Innenministerium verantwortlich.

## Rechtswidrige Auftragsvergaben

Die Landtagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren, dass die bereits im Jahr 2005 vom Landes-

Innenministerium herausgegebene Erlass, nach dem bei Aufträgen ab 7.000 Euro vergleichende Angebote eingeholt werden müssen, wird nicht eingehalten. Rhein sei „untätig und uneinsichtig“, so die Opposition.

## NPD-Verbot

Während Rhein in der letzten Innenministerkonferenz mit seiner ablehnenden Haltung kläglich gescheitert ist, ist Hessen nun offenbar das einzige Bundesland, das weiterhin versucht, ein NPD-Verbot zu verzögern.

## Spielhallengesetz

Auch beim jetzt vorgelegten Spielhallengesetz ist Rhein „Verwalter und kein Gestalter“, so der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Günter Rudolph. Offensichtlich habe der Innenminister die Ergebnisse der Land-

## Nancy Faeser (SPD):

**„Rheins sprachliche Entgleisungen und die vorschnellen öffentlichen Vorwürfe, bei denen der Innenminister immer wieder zurückrudern muss, haben das Bild einer unseriösen und unzureichenden Amtsführung im Hessischen Innenministerium geprägt.“**



tagsanhörung nicht zur Kenntnis genommen. Während ursprünglich etwa ein Mindestabstand von 500 Metern Luftlinie zwischen Spielhallen vorgesehen gewesen sei und eine Betreiberlaubnis nicht erteilt werde, wenn den Anforderungen des Geldwäschegesetzes nicht nachgekommen werde, habe Rhein diese Restriktionen aus seinem Gesetzentwurf wieder gestrichen. Das Gleiche gelte für die vorgeschlagene Sperrzeit der Spielhallen, wo Rhein die Rolle rückwärts von acht auf nur noch sechs Stunden gemacht hat.

## Vetternwirtschaft

Im Oktober 2011 musste Rhein erstmals eingestehen, dass der Landesrechnungshof

## Günter Rudolph (SPD):

**„Sie haben Ihren Amtseid abgelegt, sich auf Ihre Aufgaben für das Land Hessen zu konzentrieren. Und nicht für Ihre persönliche Karriere in Frankfurt!“**



rechnungshof festgestellten Mängel betreffend massive Vergabefehler beim Polizeipräsidium für Technik und Logistik (PTLV) immer noch nicht abgestellt seien. Aufträge würden weiterhin freihändig ohne Ausschreibung vergeben. Der vom

innerhalb des Landespolizeipräsidiums erhebliche Unregelmäßigkeiten aufgedeckt hatte. Allein durch unzulässige Beratungsverträge für Informations- und Kommunikationstechnik ist dem Land Hessen ein Schaden von ca. fünf bis



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

sechs Millionen Euro entstanden. Der Innenminister weigert sich beharrlich, die Vorgänge durch die Staatsanwaltschaft prüfen zu lassen.

## Hells Angels

Rhein lässt offenbar nichts unversucht, um sich durch sein Amt als Innenminister einen Vorteil im Oberbürgermeisterwahlkampf zu verschaffen. In einem Gastbeitrag für das „Journal Frankfurt“ hat er mit seiner „Wahlkampf-Dampflauderei“ den Hells Angels zu einem juristischen Erfolg verholfen. Die SPD-Abgeordnete Faeser erinnerte in diesem Zusammenhang an Rheins unrichtige Bezeichnung eines Polizeibeamten als „Stalker“ und die aktuelle Diskussion um die LKA-Präsidentin Sabine Thurauf. ■

## PRESSESPIEGEL:

### Darmstädter Echo

» Rhein räumt Versäumnisse ein – Der Landtag wurde nicht wie versprochen umfassend zu Mord in Kassel informiert <<



Frankfurt

» Freundschaftsanfrage an Rechtsradikalen – Facebook-Skandal um Boris Rhein <<

### Frankfurter Allgemeine

» Rhein muss abermals aussagen – Untersuchungsausschuss zur Stelle des Polizeipräsidenten <<



Wiesbaden

» Rheins Spielhallen-Gesetz – ein reines Glücksspiel <<

### Frankfurter Neue Presse

» Kriminalstatistik – Mehr Diebstähle in Frankfurt <<

### Frankfurter Rundschau

» Hessisches Innenministerium – Rhein will da raus <<



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

## KAMPF GEGEN RECHTS

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus gefordert. „Neben der schonungslosen Aufklärung der rechten Terroranschläge muss jetzt eine Strategie erarbeitet werden, wie man den ideologischen Sumpf aus Rassismus, Sexismus, Schwulenfeindlichkeit und Menschenfeindlichkeit austrocknet“, sagte Lisa Gnadl. Die SPD-Abgeordnete war enttäuscht, dass CDU und FDP den SPD-Antrag über 136.000 Euro zusätzlich für das Programm „Beratungsnetzwerk Hessen – mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ abgelehnt haben. ■



## UNSÄGLICHE TWITTER-ENTGLEISUNG VON STEINBACH (CDU)

CDU und FDP haben abgelehnt, über den Nazi-Linken-Vergleich der Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach (CDU) zu diskutieren. Der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph (SPD) kritisierte, Steinbach betreibe eine unglaubliche Geschichtsklitterung. Anfang Februar hatte die Frankfurter Bundestagsabgeordnete im Internet getwittert, die Nazis seien eine linke Partei gewesen, weil sie das Wort „sozialistisch“ in ihrem Namen getragen hätten. Rudolph forderte den Frankfurter CDU-Vorsitzenden Boris Rhein und die hessische CDU auf, sich umgehend von Frau Steinbach zu distanzieren. ■



Dieter Franz, MdL

## BUNDESWEHRREFORM

Als „Verharmlosung“ der Auswirkungen auf hessische Bundeswehrstandorte kritisierte der SPD-Abgeordnete Dieter Franz die Ablehnung eines SPD-Antrages im Hauptausschuss, der eine Abfederung durch Standortschließung in Rotenburg an der Fulda und massive Dienstpostenstreichungen in Hessen vorgesehen hatte. (Drs. 18/4663) Anstatt sich hinter hessische Standortkommunen zu stellen, würden CDU und FDP den schlichten Standpunkt vertreten, „dass Hessen bei der Bundeswehrreform doch gar nicht so schlecht wegkomme“. Eine solche Begründung sei jedoch „inakzeptabel“. Der SPD-Abgeordnete forderte die Landesregierung zu einer gemeinsamen Anstrengung auf. Schwarz-Gelb dürfe die Ängste der von Arbeitsplatz- und Einkommensverlust betroffenen Menschen nicht ignorieren.



Einladung zum Internetkongress am 21. März 2012 in Wiesbaden.

## KEIN VERKAUF DER NASSAUISCHEN HEIMSTÄTTEN

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel hat gemeinsam mit dem Frankfurter SPD-OB-Kandidaten Peter Feldmann zur Unterstützung der DGB-Unterschriftenaktion gegen den Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft aufgerufen. Die Landesregierung dürfe sich nicht auf Kosten der Mieterinnen und Mieter sanieren. Landessozial- und Landesstrukturpolitik zu betreiben seien essenzielle Bestandteile von Regierungshandeln, so der SPD-Politiker. Die Hälfte der Mieterinnen und Mieter seien Rentnerinnen und Rentner oder Empfänger von Transferleistungen. Auch Feldmann ist gegen den Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft. Das Land Hessen dürfe keine Wohnungen verkaufen, das

würde allein in Frankfurt 16.000 Haushalte gefährden. Beide Politiker sprachen sich dafür aus, dass die Versorgung von Menschen mit bezahlbaren Wohnungen eine zentrale öffentliche Aufgabe sei. Der SPD-Fraktionsvorsitzende verwies darauf, dass das Durchschnittseinkommen der 150.000 Mieter der Nassauischen Heimstätte bei gerade 1.450 Euro liege. Der Preis für eine Zwei- bis Dreizimmerwohnung auf dem freien Markt in Frankfurt bewege sich aber bereits bei 900 bis 1100 Euro. „Angesichts der permanent steigenden Mieten insbeson-



Thorsten Schäfer-Gümbel und Peter Feldmann auf dem Maintower: „Wir wollen eine Stadt, in der die Mieten für alle Frankfurter bezahlbar bleiben.“

FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

dere im Rhein-Main-Gebiet muss das Land Hessen den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit geben und darf die Entwicklung der Mieten nicht einfach dem freien Markt überlassen“, sagte Schäfer-Gümbel. Der hoch verschuldete Landeshaushalt dürfe nicht auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter saniert werden. ■



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

Der Einstieg des britischen Mischkonzerns Langley beim Offenbacher Werk des insolventen Druckmaschinenherstellers Manroland wurde vom SPD-Fraktionsvorsitzenden als „gute, aber nicht die beste Lösung für die Beschäftigten“ begrüßt. Die Landesregierung hätte sich viel früher und viel offensiver für den Offenbacher Standort von Manroland einsetzen müssen, hatte Schäfer-Gümbel bereits im Dezember 2011 kritisiert. Vertreter des Betriebsrats und IG Metall hatten bei einem Treffen mit SPD, Grünen, Linken und FDP-Abgeordneten im Hessischen Landtag 3.000 Unterschriften überreicht, die eine Landesbürgerschaft zum Erhalt des Offenbacher Werkes forderte. Die SPD hatte die Petition der Manroländer in allen Punkten unterstützt.

## SPD WILL FRAPORT-DIVIDENDE FÜR LÄRMSCHUTZ NUTZEN

Die Dividende des Frankfurter Flughafenbetreibers Fraport AG soll nach dem Willen der hessischen SPD in den kommenden Jahren für den Lärmschutz und die Entschädigung von Anwohnern genutzt werden. Thorsten Schäfer-Gümbel veranschlagte dafür bis zu 100 Millionen Euro. Für Schulen, Kindergärten und andere Einrichtungen forderte er zusätzlich ein Sonderprogramm. Der Frankfurter Landtagsabgeordnete und Sprecher für Flughafenfragen der SPD-Landtagsfraktion Gernot Grumbach kritisierte den Nachtflug-Zickzackkurs des amtierenden Innenministers und OB-Kandidaten Boris Rhein (CDU). „Er will mit seiner 180-Grad-Wende zum Nachtflugverbot nur

im Frankfurter Wahlkampf punkten. Glaubwürdig ist das nicht“, kritisierte der SPD-Politiker.

### Landesregierung soll Nachtflugverbot durchsetzen

Als „inhaltsleere Inszenierung“ hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel den Fluglärmgipfel von Ministerpräsidenten Bouffier (CDU) bezeichnet. Jetzt werde verzweifelt versucht, die Mediation nachzuarbeiten. Klar sei, dass CDU und FDP elf Jahre lang den aktiven und passiven Lärmschutz verschlafen hätten. Untrennbarer Teil der Mediation sei jedoch neben dem Bau der Landesbahn Nordwest auch die Umsetzung des verprochenen Anti-Lärm-Pakts gewesen. So-



Anti-Lärm-Demo am Frankfurter Flughafen

FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

lange jedoch die schwarz-gelbe Landesregierung nicht die Revision zum Nachtflugverbot zurückziehe, sei sie „vollkommen unglaubwürdig“. Bouffier (CDU) und Posch (FDP) klagten vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig auf Durchsetzung von 17 Nachtflügen. Über die Klage der hessischen Landesregierung wird am 13. März 2012 entschieden. ■

## HUNDEGESETZ EINGEBRACHT HUNDEHALTER IN DIE PFLICHT NEHMEN

Dr. Judith Pauly-Bender, MdL

**M**it ihrem Entwurf eines hessischen Gesetzes über das Halten und Führen von Hunden rückt die SPD-Landtagsfraktion die zentrale Bedeutung der Halterverantwortung und seiner Sachkompetenz im Umgang mit dem Tier in den Mittelpunkt. Darüber hinaus sollen wirksame Regelungen durchgesetzt werden, die einen verantwortungslosen oder leichtsinnigen Umgang mit Hunden verhindern sollen. „Neben der theoretischen und praktischen Sachkunde für noch unerfahrene Hundehalter sieht das Gesetz Regelungen für Chip- und Registrierpflicht sowie eine allgemeine Hundehalterhaftpflicht vor“, er-



läutert Dr. Judith Pauly-Bender. Zukünftig solle die Prävention von Beißvorfällen eine wesentlich größere Rolle spielen als die bloße Gefahrenvermutung einer Rasse per definitionem. Ergänzt werde dies, so die tierschutzpolitische Sprecherin und engagierte Tierärztin durch Regelungen für auffällig gewordene Hunde. Der Gesetzentwurf definiere auch persönliche Anforderungen an den Hundehalter. „Für mindestens 2,5 Millionen Hessinnen und Hessen ist das Thema Hundehaltung sehr wichtig“, zeigte sich Dr. Pauly-Bender überzeugt. Der Gesetzentwurf ist angelehnt an das neue Hundegesetz in Niedersachsen. ■

## AKTIONSPLAN ZUR BEKÄMPFUNG VON SEXUELLEM MISSBRAUCH

**D**er kinder- und familienpolitische Sprecher und die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Gerhard Merz und Heike Hofmann, haben bei der Vorstellung des SPD-Aktionsplans zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen die Untätigkeit der Landesregierung in diesem hoch sensiblen Bereich kritisiert. „Fast ein Jahr nach der öffentlichen Anhörung im Landtag zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen hat die Landesregierung die Erkenntnisse noch immer nicht umgesetzt.“ Die SPD habe sich deshalb die Vorschläge, die Expertinnen und Experten in dieser Anhörung zur Vorbeugung, zur Intervention und zum Opferschutz gemacht hatten, angesehen und daraus einen eigenen Aktionsplan (Drs. 18/5256) entwickelt. Dazu zählen unter anderem, Familien in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken, Kinder umfassend aufzuklären und altersgemäß über sexuellen Missbrauch zu informieren, aber auch die Präventionsarbeit mit (potenziellen) Tätern auszubauen, denn „Täterarbeit ist Opferschutz“. Die Erfahrungen mit dem Canisius-Kolleg oder auch der Odenwaldschule hätten gezeigt, dass es Strukturen gibt, die sexuellen Missbrauch ermöglichen oder begünstigen. Deshalb müsse vermieden werden, dass Kinder und Jugendliche von einzelnen Personen



Heike Hofmann, MdL  
Gerhard Merz, MdL

so abhängig werden, dass sie leicht zum Opfer sexueller Gewalt werden können, so

Gerhard Merz. Hofmann forderte die Landesregierung auf, im Bundesrat aktiv zu werden, damit die Verjährungsfrist bei sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen verlängert werde. ■



Aktuelles Schulinfo 2012.  
Infos:  
[www.spd-fraktion-hessen.de](http://www.spd-fraktion-hessen.de)



Familien-Café in Marburg  
am 21. März 2012.  
Infos:  
[www.spd-fraktion-hessen.de](http://www.spd-fraktion-hessen.de)

## KEIN ALKOHOL- VERKAUF ZWISCHEN 22 UND 5 UHR

Dr. Thomas Spies, MdL

**D**ie SPD-Fraktion im Hessischen Landtag setzt sich dafür ein, dass zukünftig in Hessen zwischen 22 und 5 Uhr im Einzelhandel (inklusive Tankstellen und Kioske) kein Alkohol mehr verkauft werden darf. Dazu haben die Sozialdemokraten einen Gesetzentwurf zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes eingebracht, der die Verkaufszeiten analog einer bestehenden Norm in Baden-Württemberg regelt. (Drs. 18/5250) Diese Forderung entspreche auch der Position des Hessischen Städtetags. „Längere Öffnungszeiten und eine Vielzahl von Verkaufsstellen verursachen zunehmend Gelage und Exzesse in der Umgebung der Verkaufsorte“, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der hessischen SPD-Fraktion Dr. Thomas Spies bei einer Pressekonzferenz zur Vorstellung des Gesetzentwurfes. Erschreckend sei, dass sich die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die wegen akuter Alkoholvergiftung in hessischen Krankenhäusern behandelt werden mussten, gegenüber 2006 um ein Drittel erhöht habe. Ausnahmen sollen lediglich für Verkaufsstellen von landwirtschaftlichen Betrieben, beispielsweise nach Weinproben bei Winzern, und in den Terminals des Frankfurter Flughafens gelten. Das Bundesverfassungsgericht habe eine solche Regelung für zulässig erklärt. ■



## ROTE KARTE FÜR DIE HESSISCHE PFLEGEPOLITIK



**D**ie beiden SPD-Abgeordneten Dr. Thomas Spies und Regine Müller nahmen in Wiesbaden an den Protesten von Altenpflegern gegen das neue Betreuungs- und Pflegegesetz teil. Die Hessischen Wohlfahrtsverbände hatten dazu aufgerufen, weil die Gesetzesformulierung das hessische Pflegepersonal unter „Generalverdacht“ stelle. „Das größte Problem des CDU/FDP-Entwurfs bleibt die Tatsache, dass der Tenor des Gesetzes den Beschäftigten in der Pflege unterstellt, Gewalt gegen Schutzbefohlene auszuüben. Wir können gut nachvollziehen, dass sich Altenpflegerinnen und Altenpfleger, die tagtäglich mit großem Engagement unter schwierigen Bedingungen ihren Beruf ausüben, dadurch diskreditiert fühlen“, erklärte der sozialpolitische Sprecher der SPD in Wiesbaden. ■

# SPD-FRAKTIONSCLAUSUR IN BRÜSSEL: „EUROPA IST ANTWORT AUF GLOBALISIERUNG“

In verschiedenen Gesprächen wurde deutlich, dass sich die EU seit der Finanzkrise fast ausschließlich mit sich beschäftigt. „Das hat die Wahrnehmung der Wirtschafts- und Sozialpolitik dramatisch verändert“, stellte André Gärber, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel, fest. Sehr dominierend sei das deutsch-französische Duo „Merkozy“. In Anbetracht der Wirtschaftskrise stelle sich jetzt die Frage, ob die Mitgliedsstaaten bereit seien, nationale Souveränität für die europäische Gemeinschaft abzugeben. Die Sorge teilte auch der deutsche Vertreter bei der EU, Botschafter Dr. Guido Peruzzo. Die Ergebnisse des Sondergipfels im Januar 2012 zum Fiskalpakt hätten andere Beschlüsse, wie zum Beispiel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa – in Spanien liege die Quote mittlerweile bei 50 Prozent –, völlig überlagert. Der Europäische Rat hat sich deshalb am 30. Januar 2012 mit seiner „Erklärung zu Wachstum und Beschäftigung“ dazu verpflichtet, dass jeder Jugendliche in Europa eine Ausbildungs- oder Praktikantenstelle bekommen müsse. Wichtig sei, über die Finanzkrise hinaus, den beschäftigungspolitischen Impulsen dringend mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die europapolitische Abgeordnete der SPD, Barbara Weiler, berichtete in diesem Zusammenhang über die Änderung der



Bürgermeister Freddy Thielemans (Parti Socialiste) begrüßt die Mitglieder der SPD-Fraktion im Rathaus von Brüssel.

Richtlinie zur Anerkennung von Berufsqualifikationen und die Mindestanforderungen. Auf deutscher Seite stoße der Vorschlag der Anhebung der Zugangsvoraussetzungen für Krankenpflegeberufe und Hebammen von zehn auf zwölf Jahre allgemeine Schulbildung auf heftigen Widerspruch. Kritik am Europäischen Rat übte auch der frisch gewählte Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz. Merkel oder Sarkozy kämen „als Exekutivorgane nach Brüssel und maßen sich hier Legislativrechte an“. Schulz sieht das europäische Projekt „tödlich bedroht“, das offene Attackieren von Griechenland habe Merkel „billigend in Kauf“ genommen. „Wir befinden uns in einer Kampfzone“, so Schulz. Sein Ziel sei, die öffentlich sichtbare Debattenkultur zu stärken. Deshalb setze er bei der



„Demokratie muss man erstreiten“, forderte Martin Schulz. (v. l. n. r. Thorsten Schäfer-Gümbel, Martin Schulz, Lothar Quanz, Ernst-Ewald Roth)

nächsten Europawahl auch auf streitbare Hessen. Darin bestärkte ihn der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. „Europa ist für uns Hessen eine Antwort auf die Globalisierung.“ ■



Die SPD-Fraktion vor dem Europäischen Parlament in Brüssel.



Begrüßung der SPD-Fraktion in der Hessischen Landesvertretung durch Staatssekretärin Nicola Beer (FDP) und EU-Kommissar Günther Oettinger zum Gespräch über die Europäische Energiepolitik.



Die „Europa-Statue“ der belgischen Künstlerin May Claerhout vor dem Europäischen Parlament in Brüssel.



## HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH, HANS EICHEL

Anlässlich des 70. Geburtstags des früheren Hessischen Ministerpräsidenten und Bundesfinanzministers Hans Eichel am 24. Dezember 2011 würdigte Thorsten Schäfer-Gümbel dessen jahrzehntelangen Einsatz für das Gemeinwesen. Mit der Einleitung des Mediationsverfahrens zum Ausbau des Frankfurter Flughafens habe Eichel Maßstäbe für den organisierten Interessenausgleich bei konfliktträchtigen Großprojekten gesetzt. Hans Eichel habe aus einem tief empfundenen Gerechtigkeitsgedanken heraus mit viel Weitsicht und persönlicher Integrität die Geschehnisse Kassels, Hessens und der Bundesrepublik gestaltet. ■

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

**Redaktion:**  
Gert-Uwe Mende (verantwortlich),  
Petra Tursky-Hartmann,  
Katja Apelt,  
Oliver Schopp-Steinborn,  
Michael Fraenkel,  
Sarah Schlitt

**Anschrift:**  
Schlossplatz 1–3  
65183 Wiesbaden



Die Bürgermeister und Oberbürgermeister der VW-Städte, Manfred Schaub (Baunatal), Stephan Weil (Hannover) und Klaus Mohrs (Wolfsburg), haben sich auf Einladung der nordhessischen Europaabgeordneten Barbara Weiler beim Treffen mit EU-Kommissar Michel Barnier in Straßburg für den Erhalt des VW-Gesetzes eingesetzt. Der erneute Versuch, die Arbeitnehmerinteressen bei Volkswagen zu schwächen, untergrabe die Akzeptanz der europäischen Einigung bei den Menschen. Die Erfahrungen der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrisen hätten gezeigt, dass die starke Mitbestimmung des VW-Gesetzes Vorbild für andere Unternehmen sein könne.

FOTO: PRESSESERVICE DES EUROPAISCHEN PARLAMENTS

ALLE FOTOS: PETRA TURSKY-HARTMANN